

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post- | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 23. Dezember 1925

Nummer 102

Wegen Umzugs des „Korrespondent“ nach Berlin erscheint die erste Nummer nicht am 2. Januar, sondern erst am 6. Januar 1926. Für die Zeit vom 31. Dezember bis 5. Januar zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen, Anzeigen usw. müssen bis 28. Dezember, vormittags, an die Geschäftsstelle nach Leipzig, Königstraße 7, gesandt werden.

### Bekanntmachung Kurzarbeiterunterstützung

Durch Beschluß der Gauvorsteherkonferenz vom 17./18. Dezember 1925 wird Mitgliedern bei erheblicher Kurzarbeit Unterstützung gewährt und ihnen Beitragserleichterungen zugestanden, wenn die zuständigen Vorstände die Berechtigung der Kurzarbeit anerkannt haben.

Mit Wirkung vom 27. Dezember 1925 treten folgende Bestimmungen in Kraft:

1. Mitglieder, die nur 24 Stunden in der Woche arbeiten oder in der zweiten Woche aussetzen, sind in der einen Woche betragspflichtig und erhalten in der darauffolgenden Woche die ihnen zustehende Ortsunterstützung für sieben Tage. Für nur eine verkürzt gearbeitete Woche wird Unterstützung nicht gezahlt.
2. Mitglieder, die weniger als 40 Stunden in der Woche beschäftigt sind, haben für je sechs Arbeitstage einen Beitrag zu entrichten. Bei Kurzarbeit bis einschließlich 40 Stunden und darüber ist der Vollbeitrag zu entrichten.

Berlin, 19. Dezember 1925.

Der Vorstandsvorsitzende

### Zum Ergebnis der Lohnverhandlungen

Nach eingehender Vorbesprechung über alle maßgebenden wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse stellten die Gehilfenvertreter auf den Lohnverhandlungen am 15. Dezember den Antrag auf eine Erhöhung des Buchdruckerlohnes um 6 M.

Die Verhandlungen der Tarifkommission ergaben nach verhältnismäßig kurzer Auseinandersetzung der Tarifparteien die prinzipalsseitige Ablehnung jeder Erhöhung des Lohnes. Von den Vertretern der Prinzipale wurde die Verlängerung des bisherigen Lohntarifs bis zum Ablauf des Manteltarifs, d. h. bis zum 28. Februar 1926, unter Geltendmachung einer außerordentlichen Kapitalnot und dem Hinweis auf die derzeitige Verschlechterung der gewerblichen Lage als besonderes Entgegenkommen bezeichnet.

Infolge dessen sahen sich die Gehilfenvertreter genötigt, das tarifliche Zentral-Schlichtungsamt zur Entscheidung anzusuchen. Aber auch vor dieser Instanz fand in dem unter Vorsitz des Herrn Professors Dr. Brahn zunächst eingeleiteten Einigungsverfahren die Forderung der Gehilfenvertreter trotz eingehender Begründung nicht das geringste Verständnis auf Prinzipalsseite. Neben der üblichen Anzweiflung der von den Vertretern der Arbeiterschaft vorgetragenen Nachweise der Verschlechterung der Lebenshaltung operierten die Prinzipalsvertreter insbesondere mit der im Buchdruckgewerbe aus den Zeiten besserer Konjunktur hervorgegangenen übertariflichen Entlohnung und mit Vergleich der Lohnverhältnisse in andern Gewerben und Industrien. Selbstverständlich

wurden diese Argumente von den Gehilfenvertretern auf ihren wahren Wert zurückgeführt und die von Prinzipalsseite beliebigen Verallgemeinerungen und Übertreibungen als unberechtigt zurückgewiesen.

Ausschlaggebend für die schließliche Entscheidung der drei unparteiischen Vorsitzenden wurde jedoch die derzeitige Depression der deutschen Wirtschaft im allgemeinen, die trotz Hinweises der Gehilfenvertreter auf die immer noch günstigere Lage des Buchdruckgewerbes auch von den Prinzipalen stark in den Vordergrund gerückt wurde. Die Begründung des Schiedspruchs, der in seinem Wortlaut schon in Nr. 101 unter „Rundschau“ an erster Stelle veröffentlicht wurde, stützt sich daher auch einzig und allein auf die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, wie aus deren nachstehend nochmals abgedruckten Wortlaut zu ersehen ist: „Die schwierige Lage des gesamten Wirtschaftslebens in Deutschland, die zum mindesten eine Besserung für die nächste Zeit nicht erwarten läßt, zwingt, von einer Lohnerböhung abzusehen — um so mehr als der Reichstarifvertrag nur noch für zwei Monate gilt und anzunehmen ist, daß die Wirtschaftslage dann klarer übersehen werden kann.“

### Die Gauvorsteherkonferenz

Die vom Verbandsvorstand zum 17. Dezember einberufene Gauvorsteherkonferenz hatte die Aufgabe, neben der Entscheidung über das Resultat der Lohnverhandlungen insbesondere auch zur Frage des Abbaus des Manteltarifs sowie zu weiteren wichtigen Organisationsangelegenheiten Stellung zu nehmen.

Die Aussprache über den Schiedspruch zur Lohnfrage, nach dem Sinnemäß der bisherige tarifliche Spitzenlohn von 48 M. um zwei Monate mit dreiwöchiger Kündigungsfrist verlängert wird, war eine äußerst umfangreiche. Von allen Rednern wurde anerkannt, daß, wenn auch die Lage im Buchdruckgewerbe zurzeit noch nicht mit jener in andern Gewerben und Industrien gleichzustellen ist, doch die aus der Krise auch unserm Gewerbe drohenden Gefahren von der Gehilfenschaft nicht unberücksichtigt bleiben könnten. Insbesondere die Rückwirkung der Kapitalnot und die daraus sich ergebende Zahlungsstockung bei wichtigen Auftraggebern des Buchdruckgewerbes wirken sich als wesentliche Hemmung unser tariflichen Angelegenheiten aus und erschweren die Mäßigkeit, eine andre Lösung der Lohnfrage mit Erfolg durchzuführen. Eine verantwortungsbewußte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft kann diese aus dem Reinigungsprozeß der noch vorherrschenden Wirtschaftsform in Deutschland hervorgehenden Zwangsverhältnisse nicht willkürlich unbeachtet lassen. Die Unsicherheit der Wirkung einer andern Taktik ist bei solch verwickelten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zu groß, um zweifelsfrei damit rechnen zu können, daß eine Entscheidung auf Wegen oder Brechen der Arbeiterschaft dienlich sein könnte. Diese Erwägungen, unter Berücksichtigung der stark differenzierten Verhältnisse im Buchdruckgewerbe in den Großstädten wie in der Provinz ließen daher auch die Gauvorsteherkonferenz im Zusammenhang mit einer ausführlichen Aussprache über den Manteltarif in der Lohnfrage zu keiner andern Entscheidung kommen, als sich mit dem Schiedspruch abzufinden.

Die gleichen Gründe, die für diese Entscheidung über den Lohnschiedspruch maßgebend waren, führten naturgemäß auch zu einer ähnlichen Beurteilung in Sachen des Manteltarifs. Insbesondere die Überzeugung, daß die Mehrzahl jener Punkte auf tariflichem Gebiete, die von der Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes als verbesserungsbedürftig beurteilt werden, nur bei klaren und einigermaßen stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen Aussicht auf eine andre Regelung

haben, zum Teil aber auch bei rückläufiger Konjunktur auf dem Gebiete der Arbeitszeit wie in Lehrlings- und Spartenfragen sich weniger fühlbar machen können, führte die Gauvorsteherkonferenz im Zusammenhange mit der Lohnfrage zu der Ansicht, daß für die nächste Zeit ein kostspieliger Leerlauf längerer Tarifverhandlungen, die zweifellos kaum zu einer freien Verständigung der Tarifparteien führen würden, am besten auch im Interesse der Arbeiterschaft wie des gesamten Gewerbes vermieden werde. Das gleiche gilt bekanntlich auch für die tariflichen Wünsche auf Prinzipalsseite, die ja nach neueren Erörterungen in der „Beilschrift“ ziemlich umfangreich sind und den schärfsten Widerstand der gesamten Gehilfenschaft finden würden. Aus allen diesen Gründen beauftragte die Gauvorsteherkonferenz noch vor Entscheidung über die Lohnfrage den Verbandsvorstand, mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein eine Aussprache über die Frage der Kündigung des Manteltarifs herbeizuführen. Diese Aussprache zwischen Verbandsvorstand und dem Generaldirektor des Deutschen Buchdrucker-Vereins fand am Abend des gleichen Tages noch statt und führte zu dem Ergebnis, daß die Gauvorsteherkonferenz am zweiten Verhandlungstage den Beschluß faßte, von der Kündigung des Manteltarifs keinen Gebrauch zu machen, da auch der Deutsche Buchdrucker-Verein zu dem gleichen Entschluß gekommen ist.

Nach Erledigung dieser wichtigsten Punkte der Tagesordnung nahm die Konferenz zu **U n t e r s t ü t z u n g s f r a g e n** (Kurzarbeit usw.) Stellung. In erster Linie handelte es sich um die grundsätzliche Klärung der Frage, ob eine Unterstützung bei Kurzarbeit wieder eingeführt werden soll oder nicht. In der Aussprache hierüber wurde die Möglichkeit erörtert, entweder die Arbeitslosenunterstützung allgemein zu erhöhen oder letztere zunächst auf ihrem heutigen Stande zu belassen und dafür eine Unterstützung bei Kurzarbeit wieder einzuführen. Es wurde hervorgehoben, daß das letztere leider einer Begünstigung von Kurzarbeit gleichkäme, und daß vom gewerkschaftlichen Standpunkte erhebliche Bedenken dagegen geltend zu machen seien. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise lasse es jedoch zweckmäßig erscheinen, diese Bedenken in Fällen, wo Kurzarbeit auch im Interesse der Kollegen unvermeidlich sei, zurückzustellen und nach vorsichtiger Prüfung der jeweils gegebenen Verhältnisse durch die örtlich zuständigen Organisationsinstanzen Kurzarbeit in bebinnter Weise zuzulassen und bei einer solchen von 24 Stunden wöchentlich wieder Unterstützung zu gewähren. Eine Ausnützung zur willkürlichen Einschränkung der tariflichen Arbeitszeit nur zur Verbilligung bestimmter Terminarbeiten soll dadurch in keiner Weise gedeckt

werden. Sehr unerfreuliche Erfahrungen an manchen Orten in der Vergangenheit zwingen dazu, nach dieser Richtung die größte Vorsicht walten zu lassen, damit die Kollegenschaft im einzelnen wie die Organisation im allgemeinen nicht geschädigt werden. Es ist hierbei vor allem zu beachten, daß Kurzarbeit als vorübergehende Verfüzung der regelmäßigen Arbeitszeit durch die Verordnung über Betriebsstilllegungen und Arbeitsfreudung vom 15. Oktober 1923 als allgemeine Einrichtung gesetzlich beseitigt ist und sich nur noch auf Fälle erstreckt und zugleich beschränkt, in denen eine Betriebsstilllegung vorliegt. Freiwillige Kurzarbeit ist zwar zulässig, muß aber unter Einhaltung der vertraglichen bzw. gesetzlichen Kündigungsfrist dem Arbeitsnachweis angekündigt werden. Da Kurzarbeit nach alten Erfahrungen große Gefahren für die gänzlich Arbeitslosen mit sich bringt, ist von Fall zu Fall die Einwilligung dazu von der Entscheidung der Organisationsinstanzen abhängig zu machen. Unter Abwägung dieser rein sachlichen Gründe und Berücksichtigung des Umstandes, daß auch eine Reihe anderer Gewerkschaften wieder Kurzarbeiterunterstützung eingeführt haben, faßte die Gauvorsteherkonferenz den Beschluß, diese Unterstützung neben entsprechender Beitragserleichterung als Notmaßnahme ebenfalls wieder einzuführen, und zwar in der Form, wie sie in der an der Spitze dieser Nummer abgedruckten Bekanntmachung des Verbandsvorstandes zum Ausdruck kommt. Auch über eine mehrfach gewünschte Erhöhung der Invalidenunterstützung wurde noch verhandelt. Da jedoch dieses Problem von besonders einschneidender Wirkung ist, und der Verbandsvorstand schon bisher im Rahmen der satzungsgemäßen Vorschriften sein Möglichstes getan hat und auch fernerhin tun wird, wurde die Frage weitergehender Wünsche der Entscheidung des Verbandstages im nächsten Jahre überlassen.

Im Anschluß an eine Besichtigung des **B e r b a n d s h a u s e s** in der Dreibundstraße durch die Teilnehmer der Gauvorsteherkonferenz gab Verbandsassessor **S c h w e i n i k** einen Bericht über den Stand des Bauunternehmens. Trotz bestimmter Zusicherungen der Architekten auf Fertigstellung des Baues zu einem viel früheren Termin sind die Arbeiten heute noch stark im Rückstande. Bezüglich gegebener Vorgesprächen sind eben Enttäuschungen im Baugewerbe besonders groß. Das gilt auch von den Kostenanschlägen. Der ursprüngliche Kostenanschlag wurde um etwa 50 Proz. überschritten, trotzdem kein luxuriöser, sondern lediglich ein Qualitätsbau errichtet wird. Das ist insbesondere von den Druckereieinrichtungen zu sagen, die in jeder Beziehung vorbildlich sein sollen. Schon beim Rohbau waren erhebliche Hemmungen zu überwinden, mit denen gemeinhin kein Privatmann beim Bauen zu

## Die Prager „Typographia“ auf Reisen

In Chemnitz und Zwickau konzertierten vor kurzem die in ganz Deutschland rühmlichst bekannten Kollegensänger aus Prag. Die gesamte bürgerliche Presse schreckte nicht davor zurück, eine nationalstiftische Hebe gegen das Aufstreben im Erzgebirge zu entfachen. Darauf war es zurückzuführen, daß im trauten Verein mit allen möglichen Vereinen und faschistischen Klubs der Wirt in Oberbau den schon lange festgelegten Saal kurz vor dem 5. Dezember zurückzog. Wer nach alledem unter den Besuchern der beiden Konzerte der Prager in Chemnitz am folgenden Tage vormittags und abends das ganz besonders Bildung und Kunst für sich reklamierende Publikum erwartete, wird nicht viel Finger zur Abzählung gebraucht haben. War es denn aber den nach einem Löwchen echten böhmischen Bieres alle Schranken der Grenze niederreisenden Spielern oder den die Valuta ausnützbenden Volkswamporen wirklich nur um die teufelische Seele zu tun? Nein, nein Kollegen! Derselben Leute Fußballen, turnen, schleben Kugel und schwimmen im internationalen Wasser (oder Bier), wenn es ihre „Geistesgrößen“ jenseits der Grenzen sind. Unse Prager aber waren Arbeiter, ja sogar Arbeiter, die nicht berufsmäßig die Kunst vermitteln, sondern die am Tage in den Tempeln Gutenbergs und dreimal abends wöchentlich unter dem hervorragenden Dirigenten Professor Ullm den Gesang pflegen. Und da wäre es doch außer allem guten Brauch der bürgerlichen Stribitaze, wenn sie nicht auch selbst auf dem Gebiete der neutralen Kunst die kunstvermittelnden Arbeiter bekämpften würden. Ist denn die Presseleute losgelassen worden gegen die römischen „Sextinischen Sänger“ (heute ist allerdings Italien der Hoffnungsstern aller faschistischen Gläubigen) oder gegen die „Don-Kofaken“ aus dem bestgehachten kommunistischen Rußland? Im Gegenteil! Wollte die Arbeiterschaft solchen engstirnigen Standpunkt sich zu eigen machen, der Kunst entgegen zu lassen, was politische Wirkköpfe anrichten, oder wollte sie die Träger der Kunst nach ihrer nationalen oder politischen Gesinnung beurteilen, dann würden viele Veranstaltungen vor leeren Stühlen oder überhaupt nicht abgehalten werden können. In einer Stadt wie Chemnitz ist die Arbeiterschaft ein Machtfaktor, wenn sie will, und sie hätte es in der Hand, die wahre Kunst nicht durch falsche Toren hindern und schänden zu lassen.

War der Besuch auch gut, so ist doch nicht zu verkennen, daß er durch die gerade in Chemnitz sich stark auswirkende wirtschaftliche Krise beeinträchtigt war, noch dazu vor dem Weihnachtsfest. Ein weiteres Moment sei hervorgehoben. Nicht wenige Arbeiter können sich nicht denken, daß ein Gesang in fremder Sprache ihnen verständlich sein kann. Und wenn eine bürgerliche Zeitung aus dem ersten in deutscher Sprache gesungenen

Lied „Der Tauwind“ schließt, daß die folgenden Fieber nur deshalb in tschechischer Sprache folgten, um den Nationalcharakter hervorzuheben, so sei betont, daß die Einstudierung dieses Liedes, so rein und fließend vorgetragen, zweifellos eine außerordentlich schwere Aufgabe für Dirigent wie Sänger gewesen sein muß. Denn nur ganz wenige beherrschen das Deutsche. Ist denn aber die Sprache ausschlaggebend für den Gesangsvortrag? Nein, gar nicht, wenn, wie hier, herrlicher Wohlklang das Gefühl beherrscht. War die Ergriffenheit der Hörer in „Aufschrei“, „Ertrunkene“ und „Durch die Auen“ nicht das beste Zeugnis für die Beherrschung der Seele durch das Tongemälde, und sprachen die jubelnden Zustimmung für „Estrau“ nicht das Mitfühlen mit den geknechteten, unterdrückten und schließlich empörten Bergknappen aus? Führten „Abschiedslied“, „Gastmahl“ und „War einmal ein Döbler“ nicht sofort jedem Hörer Liebesleid und Lust vor Augen? Keine Kritik vermag das geringste auszuheben nur höchstes Lob! Warum also der Stunt vorher?

Wachte in der Begrüßung der Gauvorstehende des Deutschen Arbeiter-sängerbundes, Kollege Schuchardt, die innige Verbundenheit des Gesanges über alle Grenzen hinaus zum Ausdruck und das Bemühen der deutschen Arbeiter-sänger, den vorbildlichen Pragern nachzueifern, so konnte später Gauvorsteher Dertelt die von der gesamten tschechischen Kollegenschaft den Buchdruckern des Gaus durch Kollegen Formanek als Dolmetscher vermittelten herzlichsten Grüße mit dem „Gott grüß die Kunst und die Kunst des Gesanges“ erwidern und ihnen im Namen aller Hörer herzlichst danken für den gebotenen Genuß.

Den offiziellen Teil beschloß Brahm's „Niegenlied“ als Zugabe. Sodann entwickelte sich echte Sängers- und Buchdruckerfideltas mit abwechselnden Vorträgen unserer Prager und der Mitglieder des Chemnitzer „Volkshors“. Immer wieder wurde gelobt, recht bald hier oder in Prag die geschlossenen Freundschaftsbände zu erneuern.

Zum Schluß noch eine Mahnung an unsre Kollegenschaft! Sollten diese Stunden nicht Anreiz sein, unsre Gesangsvereine im Gau derart zu stärken, daß mit der Zeit Chöre erwachsen, die wenigstens ein gut Teil Prager stimmliche Bervollkommnung meistern? 1928 will der Gau Erzgebirge-Boatland sein 60jähriges Bestehen feiern mit der gesamten Gaukollegenschaft, wahrscheinlich auch im gleichen Saal. Soll der Chemnitzer Gesangsverein „Gutenberg“ dem Fest Rahmen und Inhalt aus sich selbst heraus geben können, dann leih ihm viel viel mehr Kraft durch eure aktive Mitwirkung. Daß er leistungsfähig ist, davon gab er Beweis in seinem letzten Konzert, der Wille zur Bervollkommnung beherrschte alle seine Sänger. Nun aber auch ihr heran, die ihr noch abseits steht. Es muß gesingen, eine aktive Sängerschar zusammensubringen, die andern größeren Vereinen nicht nachsteht.

E. O. (Chemnitz).

rechnen hat. Beim Ausbau traten die Schwierigkeiten noch in gehäufter Maße auf. Welcher Art sie waren, legte der Berichterstatter eingehend dar. Sämtliche Baukosten konnten bisher aus eigenen Mitteln bestritten werden. Bis Ende des Jahres dürfte aus Extrabeiträgen rund eine Million Mark gestossen sein. Abgesehen von einer durch die Stadt Berlin ausgesetzten Haussinshypothek für das Wohngebäude, wird die sonstige Hypothekenbeschaffung vorläufig aus eigenen Mitteln möglich sein. Für die spätere Hypothekenregelung sind bereits günstige Angebote vorhanden.

In der Aussprache zum Verbandshausbau wurde kritisiert, daß die baulichen Fortschritte nicht genügend und die Überschreitungen früherer Kostenvoranschläge erheblich seien, gleichwohl aber war die Auffassung allgemein, daß es sich um einen wirklich großzügigen Bau handelt, der architektonische Eigenart und höchste Zweckmäßigkeit in sich vereinigt. Um ein Baunternehmen, auf das nicht nur die heutigen Verbandsmitglieder stolz sein könnten, sondern auch noch spätere Geschlechter. Schon jetzt rufe der Verbandshausbau der Buchdrucker reges Interesse in der Öffentlichkeit wach, wodurch unsere Organisation nur gewinnen könne. In Baukünstlerkreisen beschäftigt man sich ebenfalls lebhaft mit dem Bau, wie eine Ausstellung des Modells in Mannheim zeige, das außerordentlich günstig beurteilt wurde. Eine Anfrage über die ziemlich hohen Mietpreise für die Wohnungen im Vorderhause wurde vom Verbandsvorstand dahin beantwortet, daß diese in Einklang ständen mit den auf dem Berliner Wohnungsmarkt üblichen Preisen.

Zum Punkt 4 „Lehrlingsordnung“ erstattete Kollege Küllernamens des Verbandsvorstandes das einleitende Referat, anknüpfend an die Darlegungen über den Stand der Lehrlingsordnung auf der vorletzten Gauvorsteherkonferenz im Mai d. J. Damals standen die Beschlüsse der zur Durchberatung der Lehrlingsordnung eingesetzten Kommission zur Debatte. Nach dem Verhandlungsgang innerhalb dieser Kommission und nach den Zusicherungen von Prinzipalsseite war anzunehmen, daß die Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe in der Kommissionsfassung nun endlich Geheh werden würde. Fast einhellig stimmte denn auch die damalige Gauvorsteherkonferenz dem vorgelegten Entwurf zu in der Überzeugung, daß mit der in Aussicht stehenden Verwirklichung des Entwurfs dem Gewerbe und seinen Angehörigen ein großer Dienst erwiesen werden würde. Es ist aber leider sehr viel anders gekommen. Zwar teilte der DVB dem Verbandsvorstande unterm 25. Mai mit, daß die Lehrlingsordnung nach der Annahme des Entwurfs auf unserer Gauvorsteherkonferenz auch als von ihm angenommen gelte, die Unterschriften der beteiligten Organisationen wurden ausgetauscht und die Zustimmung des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertages wollte der DVB in Bälde nachholen, aber dennoch verging darüber geraume Zeit. Erst Mitte August teilte der DVB mit, daß der Lehrlingsauschuß der Spitzenorganisation des deutschen Handwerks am 12. August eine Sitzung abgehalten und an den Kommissionsbeschlüssen vom 24. April eine ganze Reihe Ausstellungen gemacht habe. Gleichzeitig wurde vom DVB zu einer Sitzung am 21. August eingeladen, um die Abänderungsanträge der Handwerkskammervertretung zu besprechen. Fast ausnahmslos wurden die verlangten Abänderungen angenommen; der kleine unberücksichtigt gebliebene Rest konnte für die Handwerkskammern keinen Anlaß bieten, etwa deswegen zur Ablehnung des ganzen Entwurfs zu kommen. Kunmehr erlaubte man beiderseits, es sei alles in Ordnung. Um eine möglichst schnelle und glatte Durchführung der Lehrlingsordnung zu fördern, wurde noch mit dem Ministerialrat Schindler im preussischen Handelsministerium persönlich Fühlung genommen, der nach verschiedenen grundsätzlichen Auseinandersetzungen alles zu tun versprach, was zur Vereinfachung der Inkraftsetzung der Lehrlingsordnung gesehen könne. Sobald die Anträge der Handwerkskammern bei ihren zuständigen Regierungen auf Genehmigung der Lehrlingsordnung vorlägen, würde das preussische Ministerium innerhalb weniger Tage Beschluß darüber fassen. Um diese Antragstellung zu beschleunigen, sollte mit der Vertretung des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertages eine Aussprache herbeigeführt werden, was der DVB in die Wege leiten wollte. Die Zeit verstrich aber und es geschah nichts. Endlich teilte Ministerialrat Schindler dem Verbandsvorstand mit, daß er dem Handwerksamertag empfohlen habe, zu seiner Sitzung am 30. und 31. Oktober in Hannover die Vertreter beider Tarifparteien hinzuzuziehen, um der Zustimmung zur Lehrlingsordnung den Weg zu ebnen. Nachdem am ersten Verhandlungstage nur die Vertretung des DVB zugelassen worden war, erwies sich alsbald auch die Aussichtslosigkeit des neuen Schrittes, und die Vertretung der Gehilfenschaft blieb infolgedessen dem Handwerksamertage fern. Der Vorstand des Handwerks- und Gewerbeamertages verschob die Entscheidung über unsere Lehrlingsordnung auf die Vollversammlung der Handwerkskammern auf Ende November. Auch in dieser in Berlin abgehaltenen Sitzung wurde von der Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe keinerlei Notiz genommen. Da neue Verhandlungen erst für Februar 1926 in Aussicht stehen, bedeutet das nur eine neue Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung. Inzwischen haben aber auch verschiedene Prinzipalstreife auf das preussische Handelsministerium Einfluss zu nehmen

versucht, um die Gesehwörung der Lehrlingsordnung zu verhindern. Zusammenfassend wies der Referent des Verbandsvorstandes darauf hin, daß man sich die Verwirklichung der Lehrlingsordnung früher ganz anders gedacht habe. Heute wisse man, daß es erforderlich sei, daß sämtliche 67 Handwerkskammern den Antrag auf Einführung der Lehrlingsordnung bei ihren zuständigen Regierungen stellen müssen. Dieses Ziel werde aber niemals zu erreichen sein, und obwohl von einigen Kammern (z. B. Freiburg i. B. und Hannover) derartige Anträge vorliegen, würde nichts anderes übrig bleiben, als kraft unserer Organisation die wertvollsten Bestimmungen der Lehrlingsordnung durchzuführen. Im Hand mannijsachen Beweismaterials wurde sodann das Verhalten der Prinzipale zu unserer Lehrlingsordnung beleuchtet. Daraus ging hervor, daß es zweifellos einen — leider recht kleinen — Teil der Prinzipale gibt, der der Lehrlingsordnung freundlich, sogar fördernd gegenübersteht. Aber der größte Teil ist Gegner der Lehrlingsordnung. Von überall her werden Klagen laut über Nichtbezahlung der tariflich festgelegten Kostgebühren, über Nichtgewährung der Ferien, besonders aber wegen Überschreitungen der Lehrlingsstaffel des Tarifs. Darunter befinden sich nicht wenige Mitglieder des DVB. Wie der Referent an Hand seines Materials nachwies, wird die Anwerbung von Lehrlingen vom DVB selbst und seinen Unterorganen mit dem größten Nachdruck und in struppelloser Weise betrieben. Die Unterorgane folgen dabei nur den Beschlüssen, die auf der Rüssinger Hauptversammlung der Prinzipalsorganisation in der Lehrlingsfrage gefaßt worden sind. In offiziellen Berichten hat man manches davon schamhaft verschwiegen; aber in einem besonderen Protokoll, das nur für die Mitglieder des DVB bestimmt ist, geben sich die Herren — wie aus der Beschreibung der betreffenden Stellen hervorging — ganz offen. Wenn der DVB selbst den Ton in der Lehrlingswerbung angibt, braucht man sich über das Vorgehen der andern nicht zu wundern. In Berlin sind 200 Lernlustige zurückgestellt worden, weil alle verfügbaren Lehrstellen zu Ostern schon vergeben sind. Daraus kann geschlossen werden, wie groß die Zahl der neuangestellten Lehrlinge zu Ostern nächsten Jahres sein wird. Das nötigt aber auch, in allen Orten strengstens darauf zu achten, daß die tarifliche Lehrlingsstaffel in keinem Falle überschritten werden darf. Auch ohne Lehrlingsordnung müssen wir versuchen, zum gewollten Ziele zu kommen. Auf Gnade oder Ungnade der Handwerkskammern wollen und dürfen wir nicht angewiesen sein bei der Schaffung einer Lehrlingsordnung. Das Verhalten der holländischen Kammern und verschiedene Gerichtsurteile aus neuerer Zeit bilden Lichtblicke für die Schaffung einer Lehrlingsordnung in unserem Sinne, namentlich aber die sehr erfreuliche Entwicklung unserer Lehrlingsabteilung. Seit dem Hamburger Verbandstag ging es aufwärts, besonders haben die zahlreichen Jungbuchdruckertage in diesem Jahre sehr viel zur Belebung in den Lehrlingsvereinen beigetragen. Der Mitgliederzuwachs war beträchtlich, in einigen Gauen überraschend groß. Noch höher als dieser ist aber die Steigerung der Tätigkeit in den Lehrlingsvereinen zu schätzen. Die Zahl der Lehrlingsleiter, die mit der Hauptstelle in Verbindung stehen und in gewissen Zwischenräumen über ihre Tätigkeit berichten, ist gleichfalls angewachsen. In dankenswerter Weise haben sich die Gauvorstände in den Dienst der Lehrlingsangelegenheit gestellt. In den Gau-mitteilungen wird ständig auf die Veranstaltungen der Lehrlingsvereine hingewiesen und an mancherlei Anregungen fehlt es nicht. Würden sich alle Kollegen in dieser Weise der Lehrlingsangelegenheit annehmen, dann wäre es gut um sie bestellt. Den Wünschen der Lehrlingsleiter nach belehrendem Stoff ist nach bester Möglichkeit entsprochen worden durch Versendung von Manuskriptvorträgen und einer Schrift „Gewerkschaften und Jugendbewegung“. Andre Schriften wurden zu ermäßigten Preisen portofrei vermittelt. Immer wieder muß auf die kleine Verbandsgehefte hingewiesen werden; aus dieser können eine ganze Anzahl Vorträge herausgeholt werden, die unseren gewerblichen Nachwuchs in das Werden und Wirken des Verbandes einführen und ihn den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkennen und schätzen lernen. Der Stoff zur Ausgestaltung von Programmen zu Jungbuchdruckertagen, Elternabenden und dergleichen wird demnächst eine wesentliche Bereicherung erfahren durch zwei gelegene Festspele, die Gutenbergs Kunst verherrlichen und sicherlich Anklang finden werden. Wenn so wie in diesem Jahre der Aufschwung in den Lehrlingsvereinen rüstig fortschreitet, dann werden wir Zweck und Ziel unserer Lehrlingsabteilung auch voll erreichen.

Um dieses Referat schloß sich eine sehr lebhaftige Debatte. Meistig wurde betont, daß über den Rahmen des bisherigen Entgegenkommens an die Handwerkskammern in der Lehrlingsordnungsfrage nicht hinausgegangen werden dürfe, sondern daß versucht werden müsse, aus eigener Kraft den in der Lehrlingsordnung aufgestellten Zielen schrittweise näherzukommen. Die Hoffnung auf eine Mithilfe der Handwerkskammern sei hinfällig. Der politischen Schwäche der Arbeiterchaft sei es mit geschuldet, daß in sozialen Dingen nicht weiterzukommen ist. Im

sächlichen Arbeits- und im Wirtschaftsministerium besteht starke Neigung zur Durchführung der Lehrplangordnung. Hinter der Prinzipalsfreundlichkeit stehe nichts Tatsächliches in bezug auf die Einführung einer Lehrplangordnung. Dabei seien manche darin vorgesehene Einrichtungen, z. B. die Zwischenprüfungen der Lehrlinge, ein dringendes Erfordernis, das im Interesse des Gesamtgewerbes liege. Notwendig sei es allerdings auch, für angehende Lehrplangprüfer zu sorgen durch Erweckung von größerem Interesse für den Fachschullehrerberuf. Aufschärfte wurde die skrupellose Propaganda zu systematischer Lehrplangeinstellung gewisser Prinzipalskreise bekämpft, die obendrein noch die tariflichen Kostelbände und die Ferienbestimmungen für Lehrlinge mißachten. Es müßten durch entschlossenes Eintreten der Gehilfen für die Rechte der Lehrlinge Schulbeispiele konstruiert werden, die abschreckend auf Lehrplangausbeuter wirken. Leider müsse gesagt werden, daß bei weitem nicht in allen Gewerkschaften und Ortsausschüssen des ADGB der Lehrplangfrage und der Berufsberatung das nötige Interesse entgegengebracht wird, wie an drastischen Beispielen gezeigt wurde. Für die Weiterentwicklung unserer Lehrplangabteilung sei es wünschenswert, daß Vortrags- und sonstiges Bildungsmaterial auch den Lehrplangleitern der kleinsten Orte zugänglich gemacht wird, die zumeist nur auf den „Jungbuchdrucker“ angewiesen sind. Vom Vertreter des Bildungsverbandes wurde in diesem Zusammenhange hingewiesen auf die demnächst zur Einführung gelangenden Fernkurse. Auf den in nicht allzulanger Zeit erscheinenden Unterrichtsplan müsse die Aufmerksamkeit auch der Lehrlinge gelenkt werden. Beklagt wurde von den meisten Debatte-rebner, daß die Gehilfenschaft im allgemeinen der Arbeit in den Lehrplangvereinen noch recht verständnislos gegenübersteht. Zum Teil setzt man ihr sogar offenen oder versteckten Widerstand entgegen. Daß durch ein derartiges Verhalten die Arbeitsfreudigkeit und der Idealismus unserer Lehrplangabteilungsleiter keine Förderungen erfährt, liegt auf der Hand.

In seinem Schlusswort wies der Referent darauf hin, daß der Verlauf der mehrstündigen Debatte bewiesen habe, wie stark das Interesse an allen Lehrplangfragen gewachsen ist. Solange die Durchführung der Lehrplangordnung nicht in allen Bezirken gewährleistet ist, müssen Verstöße auf Grund tariflichen Rechts zurückgewiesen werden. Zu diesem Zwecke ist die Aufrechterhaltung und strenge Beachtung der Tarifvorschriften über das Lehrplangwesen und die Förderung der Erziehungsarbeit in den Lehrplangabteilungen unbedingt nötig. Zumal angesichts des im nächsten Jahre mit Sicherheit zu erwartenden Anwachsens der Lehrplangmitglieder. Mit warmen Dankesworten für die uneigennützig geleistete Arbeit der Lehrplangabteilungsleiter fand dieser Tagesordnungspunkt seinen Abschluß.

Unterm nächsten Punkt „Verbandstag und Verbandstag“ wurden nähere Mitteilungen gemacht über den nächsten jährigen Verbandstag vom 20. bis 26. Juni in Berlin, mit dem eine Feier des 60jährigen Bestehens des Verbandes verbunden sein wird. Einer Anregung, offizielle Jubiläumseiern in sämtlichen Gauen an ein und demselben Tage im Reiche zu veranstalten, wurde aus praktischen Gründen nicht entsprochen. Es soll vielmehr den einzelnen Gauen überlassen bleiben, die Frage selbständig zu regeln.

Beim Punkt „Verschiedenes“ berichtete der Verbandsvorsitzende zunächst über die Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission in Bern, die sich mit der Neubefehung des Postens des internationalen Sekretärs an Stelle des verstorbenen Kollegen Verban zu beschäftigen hatte. Von den insgesamt acht Bewerbungen gelangten diejenigen der Kollegen Bannwart (Basel), Grundbacher (Bern) und Wospitschil (Paris) in die engere Wahl. Schließlich wurde beschlossen, den Kollegen Grundbacher für den Sekretärposten in Vorschlag zu bringen, der bisher bereits der Sekretariatskommission angehört. Die endgültige Wahl wird durch die Verbandsvorstände vollzogen. Zur viel-erörterten Frage der Ferienhelme wurde mitgeteilt, daß es zurzeit unmöglich sei, derartige Projekte in Angriff zu nehmen. Dem Verbandstag soll die Entscheidung überlassen bleiben. Der Verbandstagsbeschluss auf Ausschließung von Mitgliefern nationalistischer Verbände (Stahlhelm, Jungdo usw.) aus unserer Organisation hat zu einer Klage eines ausgeschlossenen auf Anerkennung seiner Verbandsmitgliedschaft geführt. Die Klage wurde abgewiesen, nicht zuletzt deshalb, weil der Betreffende sofort in den Gutenbergsbund übergetreten war, wodurch sein Klageanspruch hinfällig wurde. Aus Anlaß dieses Falles wurde vom Verbandsvorstande auf die genaue Beachtung der statistischen Bestimmungen hingewiesen. Jeder Ausschluß muß vom zuständigen Gauvorstande bestätigt sein. Ferner wurde berichtet über eine Aussprache des Verbandsvorstandes mit Geschäftsführern sozialdemokratischer Betriebe und der „Konzentration“. Weitere Mitteilungen betrafen den Stand der Offsetfrage bzw. die Verhandlungen, die darüber mit der Organisation der Lithographen und Steindrucker geführt worden sind. Eine Be-ratung dieses Verbandes im März nächsten Jahres wird endgültig

über gewisse Übertrittsmilderungen zu entscheiden haben. Zum Offsetdruck übergehende Buchdrucker müssen, um Differenzen möglichst hintanzubalten, vereinbarungsgemäß ein entsprechendes Schreiben an den Verbandsvorstand richten, der sich daraufhin mit der Steindruckerorganisation ins Einvernehmen setzt.

In der Aussprache zu diesem Punkte wurde u. a. darauf hingewiesen, daß der Tiefdruck eine größere Zukunft habe als der Offsetdruck. In der Tiefdruckfrage rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, wurde dem Verbandsvorstand anheimgegeben, um ähnlichen Schwierigkeiten zu begegnen, wie sie neuerdings beim Kupferdruck von den Steindruckern gemacht werden.

Vom Vorsitzenden der Zentralkommission der Schriftsetzer wurde zwischendurch ein Überblick über die Lage im Schriftsetzergewerbe gegeben. Beim Kampfabchluss der Schriftsetzerkollegen wurden etwa 100 Berufskremde in den Betrieben gezählt; 50 Schriftsetzer blieben auf der Strecke liegen. In den Nebenabteilungen der Schriftsetzereien (Messinglinienabteilung usw.) liegen die Verhältnisse besonders ungünstig. Hier sind die Arbeitsplätze zu zwei Fünfteln durch Streikbrecher besetzt, und drei Fünftel des früheren Personals wurden nicht wieder eingestellt. Das Ungünstigste der gegenwärtigen Situation drückte sich u. a. in den Verschlechterungsanträgen aus, die die Schriftsetzereiunternehmer zu den inzwischen gescheiterten Lohn- und Manteltarifverhandlungen stellten.

Im unmittelbaren Anschluss an diesen Bericht wurde nach lebhafter Aussprache auf Antrag beschlossen, dem Gau Frankfurt-Bessen als Ausgleich zu den ihm entstandenen unverhältnismäßig hohen Kosten des Schriftsetzerstreiks 20 000 M. aus der Verbandskasse auszuführen. Außerdem wurde angeregt, seitens der unbeteiligten Gawe der Zentralkommission der Schriftsetzer helfend beizutragen auf Grund eines vom Verbandsvorstande aufzustellenden Verteilungsvorschlages.

Danach gab Kollege Kraus als Vorsitzender des Reichsschiedsamts zwecks besserer Instruierung der Mitglieder noch eine Reihe wertvoller Fingerzeige für die Einhaltung des tariflichen Klageweges. Von den Schiedsämtern wird nur noch über Gesamtklagen entschieden, d. h. solche Streitigkeiten, die vom Betriebsrat für das Gesamtpersonal oder einzelne Teile vertreten werden oder von Organisationsinstanzen aufgegriffen worden sind. Bei Berufungsklagen vor dem Reichsschiedsamt, dessen Entscheidungen unter einem juristischen Vorsitzenden gefasst werden, kommen ebenfalls nur Instanzen als Klagevertreter in Betracht. Die Berufungsschrift muß in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden. Für die nächste Zeit steht das Erscheinen gesammelter Entscheidungen des Reichsschiedsamts in sicherer Aussicht, welcher Umstand wesentlich zu weiterer Aufklärung beitragen dürfte.

Als besonders dringlich wurde die schärfere Durchführung der rechtzeitigen Auskunftseinholung bei Konditionswechsel gefordert. Die Gauvorsteherkonferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß bei Verletzung dieser statutarischen Pflicht Konsequenzen entstehen, die auf sämtliche Mitglieder selbst zurückfallen.

Sonstige in der Aussprache über den Punkt „Verschiedenes“ berührte Fragen bezogen sich auf gewisse Arbeitsmethoden nach amerikanischem Muster, wie sie in einigen Orten versuchsweise zur Einführung gelangten, sowie auf einige Klarstellungen über die Buchdruckerstätte, G. m. b. H., in Leipzig. Zum Schluß wurde noch hingewiesen auf das demnächstige Erscheinen des Reisehandbuchs für Deutschlands Buchdrucker und ferner auf die vom Mai bis Oktober 1926 in Düsseldorf stattfindende Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen, auf der auch der Verband der Deutschen Buchdrucker im Rahmen einer Kollektivausstellung der Gewerkschaften als Aussteller vertreten sein wird.

Damit war die reichhaltige Tagesordnung in zweitägiger Beratung zu Ende geführt. Kollege Seik schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß die geleistete Arbeit der weiteren Entwicklung der Organisation von Nutzen sein möge.

## Korrektoren als Angestellte

Fast in jedem Jahre tauchen an einigen Stellen im deutschen Vaterlande in Korrektorenkreisen Wünsche in der Richtung auf, daß ihnen von den Unternehmern ihr bisheriges Verhältnis als gewerblicher Arbeiter — als Buchdruckergehilfe — umgeändert werden möge in ein Angestelltenverhältnis. Mitunter gelangt es dem einen oder andern Korrektor, das zu erreichen, womit dann meistens eine kleine Aufbesserung des bisher bezogenen Lohnes Hand in Hand geht. Sehr bald aber merken diese Kollegen, daß diese Aufbesserung nur scheinbar ist, weil sie ohne besondere Entschädigung Überstunden leisten müssen, und weil man im Geschäftsinteresse es auch sonst nicht so genau mit der Beendigung des Arbeitstages nimmt. Doch wenn die betreffenden Kollegen dann einigermaßen auf dem Damm sind, dann werden sich solche Schönheitsfehler in manchen Fällen beseitigen lassen, aber beileibe nicht in allen.

Die Zentralkommission der Korrektoren hat wiederholt zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung genommen, besonders auch bei der Erörterung der Frage der Zugehörigkeit der Korrektoren zur Angestellten-

versicherung. In diesem Bezug ist also nichts Neues zu sagen. Wer sich nochmals darüber unterrichten will, der sei verwiesen auf die Nummer 59 des „Korr.“ vom 20. Juni 1923 auf Seite 368. Wenn aber heute dieses Thema von einer andern Seite beleuchtet wird, so lediglich aus dem Grunde, autgläubige Kollegen zu warnen und ihnen zu beweisen, daß einsig und allein im Verbands der Deutschen Buchdrucker, innerhalb der Korrektorenspartorganisation, für den Korrektor das Heil zu suchen ist. Das ist auch bereits von einem Teil der Teilnehmer in der Reichsdruckerei zum Werkmeisterverbande übergetretenen Korrektoren erkannt worden, und zwar sind diejenigen, die jetzt zum Verbands der Deutschen Buchdrucker zurückgekehrt, sicher klüger gewesen als jene, die unterm 10. Oktober 1923 durch die Geschäftsstelle des Werkmeisterverbandes erklären ließen: „Die Korrektoren der Reichsdruckerei haben erklärt, der Überweisung zum Buchdruckerverband nicht Folge zu leisten; sie wollen dann lieber unorganisiert bleiben. Als Beweggrund geben sie an: der Deutsche Werkmeisterverband hat sie in allen Fragen vertreten und unterstützt. So in letzter Zeit, wo von 54 in Gruppe 6 allein 30 in Gruppe 7 gekommen sind, rückwirkend ab 1. April 1920. Die andern werden alsbald durch Tarif nachfolgen.“

Bekanntlich hatte unser Verband ein Schiedsverfahren vor dem A.O.G.B. in die Wege geleitet, in dem am 24. Februar 1923 ein Schiedsspruch gefällt wurde, der dahin geht, daß die Korrektoren organisatorisch zum Buchdruckerverband gehören, und daß der Werkmeisterverband die geworbenen Korrektoren der Reichsdruckerei wieder dem Buchdruckerverband zuführen muß. Es heißt in dem Spruch: „Die Einwendungen der Korrektoren, daß sie zuweisen mit der Vertretung des Buchdruckerverbandes nicht zufrieden waren, spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle. Sie konnten sich, wenn ihnen Unrecht geschehen war, hiergegen wenden und in den Generalversammlungen des Verbandes ihr Recht suchen. Zum Wechsel der Organisation reichen derartige Beschwerden nicht aus.“

Man erlebt aber immer wieder neue Dinge auf diesem Gebiete. Vor einigen Wochen erhielt die Zentralkommission den Brief eines Kollegen, der in überschwenglicher Weise von „Weltarbeit“ und „Brüderlichkeit auf Weltbasis“ folgendermaßen voll ist: „Aus beiliegendem Schreiben des Landesarbeitsamtes Berlin (Abteilung für Angestellte) ersehen Sie, daß ich kein Brauereibesitzer, sondern ein stielklarer und standesbewußter Arbeiter im großen Entscheidungskampfe der Weltarbeit mit den Gegnern der Freiheit, sozialen Gerechtigkeit (der Brüderlichkeit auf Weltbasis) bin! Mein Leitgedanke in diesem Kämpferringen, das erst jetzt beginnt, ist folgender: Das Fundament der Weltwirtschaft ist die Weltarbeit, und in unserem Übergangszeitalter muß im Kampfe um diesen Leitgedanken der geistige Arbeiter (der Buchdrucker und seine Krone: der Korrektor) Bahn brecher, Führer, Pilot sein! ... Das Anstellungsverhältnis der Korrektoren zu erreichen, ist nur eine Anregung, der Weg der natürlichen Entwicklung durch die Wüstenwanderung des Kompromissens. Welchen Weg werden wir gehen? Wollen wir und unsere Kinder elend verkommen oder würdig als geistige Arbeiter leben?“ Dieser Kollege hatte sich an das Landesarbeitsamt Berlin gewandt, den Korrektoren zum Angestelltenverhältnis zu verhalten; er erhielt den für uns selbstverständlichen Bescheid, daß „irgendwelche Einkufnahme“ auf die von ihm behandelte Angelegenheit dem Landesarbeitsamt nicht zustehe, weil es „als Fürsprecher der Korrektoren“ nirgends anerkannt werden würde, „mit dem Hinweis darauf, daß die Organisationen die berufenen Vertreter der Interessen der Arbeitnehmer seien. Ich kann Ihnen daher nur anheimgeben, sich an die in Betracht kommenden Verbände zu wenden, um diese für die in Frage stehende Angelegenheit zu interessieren.“ Als die Zentralkommission diese Schreiben erhielt, war der Kollege zehn Wochen Verbandsmitglied. Nichtsdestoweniger gab er die Schreiben „zur weiteren Veranlassung“ an uns mit der Mahnung: „Tut Eure Pflicht!“ Dazwischen spielt ein weiterer Briefwechsel desselben Kollegen mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, der bekanntlich keine freie Gewerkschaft, sondern Hirsch-Dunderscher Richtung ist. Auch hier erhielt der Kollege den Bescheid, „daß im Augenblick keine Aussicht auf Erfolg besteht, nachdem erst im vorigen Jahre durch den Erlaß der Bestimmung von Berufsgruppen der Angestelltenversicherung vom 8. März 1924 die Entscheidung ungunsten der Korrektoren gefallen ist.“

Inzwischen hat der Kollege eine Kondition als Korrektor und Revisor in einer Annoncenexpedition als Angestellter durch denselben Gewerkschaftsbund der Angestellten nachgewiesen erhalten; doch man lese, was er selbst darüber schreibt: „Der Teufelsfuß zeigte sich jedoch sofort; Auslastungstätigkeit von 8½ bis 5 Uhr mit Tagelohn von 5 M. und täglicher Kündigung.“ In einem andern Schreiben teilt er mit: „Scherl wollte mich als Korrektor anstellen. Ich sollte Angestelltenversicherungskarte und Steuerkarte mitbringen. Wissen Sie, was dieses Unternehmen einem Korrektor und Angestellten bietet? 4,50 M. täglich und tägliche Kündigung!“ Allerdings denken sich diese Angelegenheiten vom 6. Oktober vollkommen mit einer Notiz im Berliner „Vorwärts“ vom 15. Oktober: „Ein deutscher nationaler Musterbetrieb. Es handelt sich um die Firma Scherl, die die nationale Volksversicherung mit Hochdruck betreibt, daneben u. a. das Adressbuch herausgibt. In dieser Abteilung werden die Angestellten regelmäßig für drei Monate befristet angestellt. Dann müssen die Angestellten einen oder mehrere Tage aussetzen, worauf sie wieder für ein Vierteljahr befristet angestellt werden usw. Mit dieser rechtswidrigen Handlungsweise versucht der Scherl-Verlag, sich um die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Kündigungsfrist für kaufmännische Angestellte herumzudrücken, und außerdem bringt er hiermit alle diese Angestellten um ihren jährlichen Urlaub. Bei der Firma Scherl versteht es sich dabei am Rande, daß die Bezahlung dieser Angestellten eine elende ist. Sie erhalten pro Arbeitstag 4 M. Da hieron, vor allem bei den älteren

und verheirateten Angestellten, noch nicht einmal das nackte Existenzminimum bestritten werden kann, sind die Angestellten gezwungen, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, um einige Mark mehr zu verdienen. Bis tief in die Nacht hinein müssen die Bedauernswerten schlafen, um ihr Existenzminimum zu verdienen. Das ist die „Volksgemeinschaft“, die zwischen Eugenbera und seinen Angestellten besteht!“ In der dortigen Korrektorenabteilung des technischen Betriebes wird schon seit Jahren insofern ein Keil ins Personal getrieben, als ein Teil der Korrektoren zu Angestellten gemacht wurde mit besonderen Arbeitsbedingungen. Einwände dagegen wurden von der Geschäftsleitung mit dem Hinweis abgetan, daß es sich um Redakteure, nicht um Korrektoren handle, obwohl diese „Redakteure“ ausschließlich Korrektorenarbeit verrichten. Wenn nach alledem noch nicht die Augen aufgehen, und wer dennoch danach strebt, Angestellter zu werden, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Die einzig richtige Antwort ist: Fest zum Verband der Deutschen Buchdrucker halten und: hinein in die Spartenorganisation!

Berlin.

Arthur Grams.

## Zur Faktorenbildung

Wie zu erwarten war, fühlten sich die Faktoren nicht recht wohl, als in Nr. 83 des „Korr.“ drei Fälle mitgeteilt wurden, wie Faktoren nicht sein sollten. Aus diesem Gefühl der Unbehaglichkeit heraus entsprang dann auch ein tendenziöser Artikel eines „Provinzlers“ in der „Gravhischen Welt“ Nr. 31, der mir zwar Unschlichkeit vorwirft und Unerblichkeit, aber der nur beweist, daß die Tendenz meines Artikels dem „Provinzler“ völlig entgangen ist. Mein Gewährungsmann versichert mir, daß er mit weiteren Fällen aufwarten könnte. Aber die drei genügen m. E. schon vollaus, um den Kern herauszufinden: etwas für die Weiterbildung der Mitglieder zu tun, auch im Faktoren-

Wir Gehilfen und auch die Lehrlinge erwarten von den Faktoren, daß sie uns in jeder Weise als die Stelle dienen können, die zur Entscheidung nicht nur befugt, sondern auch befähigt ist. Und das ist leider eben oftmals nicht der Fall. Deshalb die Kritik! Daß etwas faul ist im Staate Dänemark, gibt der „Provinzler“ ja selbst an. Also lege man Hand ans Werk. Wir Gehilfen wissen ein Lied davon zu singen — nicht nur in der Großstadt —, daß gerade die Faktoren, deren Vorbildung nichts zu wünschen übrig läßt, die besten Vorgesetzten sind. Das Gegenteil ergibt sich von selbst.

Wollte der „Provinzler“ absichtlich nicht den Sinn meines Artikels erfassen? Ging es der Schriftleitung der „Gravhischen Welt“ eben so wie dem „Provinzler“? Denn anders sind die Worte: „Derartige Auseinandersetzungen zeugen von negativer Arbeit und führen zu nichts“, kaum zu deuten. Aber ein Erfolg darf dieser Auseinandersetzung doch bereits zugeschrieben werden: viele Akzidenzfaktoren (und auch andre) werden jetzt wissen, was Akzidenz bedeutet, ohne auf die Fremdwörter besonders zu schimpfen; und dann ist ja auch schon ein Erfolg, wenn ausgerechnet ein „Provinzler“ den Berlinern die ganze Familiengeschichte des Herkules-Herakles erzählt — die sie allerdings auch im Lexikon gefunden hätten. Und wenn künftig bei der Auswahls der Faktorenanwärter von den dazu Berufenen die Sorgfalt geübt wird, die m. E. notwendig ist, dann sind nicht nur diese, sondern auch die Zeilen in Nr. 83 nicht umsonst geschrieben worden.

Berlin.

J. F.

## Aus dem Genossenschaftsleben

### Das Wirtschaftsprogramm einer Genossenschaftszentrale

Es will schon etwas heißen, wenn in diesen Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise mit Arbeits- und Arbeiternot eine Großunternehmung es sich leisten kann, ein Wirtschaftsprogramm für kommende Jahre aufzustellen und durchzuführen, dessen Finanzierung Millionen erfordert. Und doch hat die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg dies gewagt und damit den Beweis geliefert, daß selbst in der schlechtesten Zeit einer Wirtschaft die genossenschaftliche Organisation fähig ist, die immer noch vorhandene Wirtschaftskraft des Volkes zu Leistungen zu veranlassen, auf die die hochorganisierte kapitalistische Privatwirtschaft in gegenwärtiger Zeit verzichten muß. Was seinen tiefen Grund darin hat, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsführung die Verbrauchermassen, Menschen und ihre natürliche Wirtschaftskraft, zu einem ihnen selbst dienenden Zwecke vereint, während die private Wirtschaftsführung das Kapital organisiert, um Profit zu gewinnen auf Kosten der Verbrauchermassen. Die genossenschaftliche Organisation von Volksmassen enthält uner schöpfliche Möglichkeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts und Aufstiegs für alle; die Organisation des Kapitals dagegen berechenbare Möglichkeiten des Gewinns für bevorzugte Schichten, unberechenbare Möglichkeiten des Zusammenbruchs mit Not und Elend für die Massen.

Was nun das Wirtschaftsprogramm der Großeinkaufs-Gesellschaft anbelangt, so besteht es darin, daß innerhalb zweier Jahre (1925 bis 1927) in Magdeburg eine Großmühle errichtet werden soll und Neu- und Erweiterungsbauten für Zuckermassen- und Schokoladenfabriken, für eine Zigarettenfabrik, eine Kleiderfabrik, für die beiden Seifenfabriken in Gröba (Sachsen) und Düsseldorf, für die Teigwarenfabrik in Gröba, die

Holzindustrie in Dortmund, die Chemische Fabrik in Chemnitz, für die beiden Zündholzfabriken in Lauenburg und Gröba und für die erst kürzlich erworbene Gemüse- und Obstkonservensfabrik in Stendal. Neu erworben wurde am 1. Oktober 1925 die Fleischwarenfabrik in Elmshorn; in Hamburg wird ein weiteres großes Lagerhaus mit Gleis- und Wasseranschluß errichtet, die Lager in Erfurt und Minden bedeutend vergrößert.

Wenn man beachtet, daß die Großeinkaufs-Gesellschaft zurzeit schon 32 Fabriken, 15 große Zentrallagerhäuser und 16 verschiedene Bearbeitungs- und Abpackerbetriebe in allen Gegenden Deutschlands besitzt, so kann das neue Wirtschafts- und Bauprogramm als ein vollgültiger Beweis dafür angesehen werden, daß die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion nicht stille steht und wenn die Sonne der Wirtschaft auch mit den düstersten Wolken verhüllt ist. Von besonderem Interesse ist auch, daß der Großeinkaufs-Gesellschaft in diesem Jahre Fabriken aller Branchen zum Kauf angeboten wurden. Mehr als je zuvor. Es ist ein Zeichen der Zeit, welches von der Genossenschaftsbewegung richtig ausgenutzt werden dürfte, daß den Konturen und Verkäufen von Unternehmungen der kapitalistischen Privatwirtschaft ein Aufschwung der genossenschaftlich zentralisierten Warenvermittlung und der genossenschaftlichen Eigenproduktion gegenübersteht.

Auch die Finanzen der Großeinkaufs-Gesellschaft bewegen sich in einer durchaus günstigen Richtung. Betragen doch die Bankeinlagen der Konsumvereine bei ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft zurzeit über 13 Millionen Mark und die Giroguthaben nahezu 6 Millionen Mark. Und eine von der Generalversammlung der Gesellschaft im Juni 1925 beschlossene Erhöhung des Stammkapitals von 5 auf 10 Millionen Goldmark wurde um rund 600 000 M. überzeichnet. Auch diese Tatsache zeigt, daß die Organisation der Kaufkraft der Massen eine außerordentlich volkswirtschaftliche Bedeutung besitzt. Denn nicht nur wird die Preiswilligkeit der Industrie und des Handels gebremst und werden den organisierten Verbrauchern direkte wirtschaftliche Vorteile zugeführt, sondern auch ein kapitalbildender Faktor entwickelt sich aus der organisierten Kaufkraft, welcher in der Konzentration bei einem genossenschaftlichen Bankunternehmen wieder neue Werte schafft, den Kapitalbedarf der Konsumvereine deckt und regelt — mit einem Worte alle die Funktionen übernimmt und ausübt, welche in der Privatwirtschaft dem Einzelunternehmer, den Aktiengesellschaften und den Banken zukommen. Nur immer wieder mit dem Unterschiede, daß der Nutzen der Unternehmung in allen ihren Teilen bei der genossenschaftlichen Organisation dem Verbraucher, bei der privatwirtschaftlichen dem Kapital zuzieht.

Und es ist noch im Besonderen darauf aufmerksam zu machen, daß die in den Konsumvereinen angesammelten Rückvergütungen und Spargelder, welche bei der Großeinkaufs-Gesellschaft zentralisiert im Kampf der Gemeinwirtschaft gegen die Privatwirtschaft ihre Verwendung finden, sozusagen aus dem Nichts stammen und daher den doppelten volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Denn es sind Ersparnisse beim Einkauf, welche in der Privatwirtschaft für den Verbraucher verloren gehen, während sie entweder bei der Genossenschaft, oder bei ihrer Zentrale, der Großeinkaufs-Gesellschaft, für neue finanzielle und wirtschaftliche Funktionen Verwendung finden.

Einen kleinen Begriff von der künftigen Produktionsentwicklung und Möglichkeit der zentralisierten genossenschaftlichen Eigenproduktion gibt die Mitteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft, daß in den letzten zehn Monaten nicht weniger als 236 Millionen Eigenpackungen an die Mitglieder der Konsumgenossenschaften abgesetzt wurden. In dem Maße natürlich, in dem die Mitglieder der Konsumgenossenschaften und diese selbst wieder bei ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft im Selbstinteresse und in dem einer großen wirtschaftlichen Zukunft des Genossenschaftswesens durch die Konzentration ihres Einkaufs nur in Konsumvereinen dazu beitragen, daß alle Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion für den eigenen Bedarf ausgeschöpft werden, müssen sich die Leistungen verzehnfachen. Den Nutzen davon haben in erster Linie die Mitglieder der Konsumgenossenschaften, dann aber auch die gesamte Volkswirtschaft. Und nur eine Wirtschaft, die ihre Kräfte aus den Massenbedürfnissen des Volkes zieht und den Gewinn hieraus ihm selbst wieder zuführt, verdient erst die Bezeichnung Volkswirtschaft. Sie ist es dann auch, d. h. sie wird dann — Gemeinwirtschaft, indem sie dem Ganzen dient.

Aber die Grundlage hierfür vermögen in der Tat nur die Konsumgenossenschaften zu bieten und die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg liefert den sinnfälligen Beweis dafür, daß und wie die genossenschaftlich organisierte Kaufkraft verwendbar ist für das augenblickliche Wirtschaftsinteresse der Massen, wie für die Idee einer glücklicheren wirtschaftlichen Zukunft.

## Korrespondenzen

**Bischofswerda.** Vom 20. bis 27. Dezember veranstaltet unser Ortsverein eine Buchdruckausstellung. Wir haben weder Arbeit noch Kosten gescheut und glauben nun sagen zu dürfen, daß es uns gelungen ist, „etwas Ganzes“ geschaffen zu haben. Von der Erfindung der schwarzen Kunst ausgehend, zeigt unsere Ausstellung zunächst in ihrer Abteilung Aktuelum das bedeutendste Druckwerk unseres Mitlandes, die 12seitige Bibel, wenn auch nur in Fassmüllerschenbildung. Ebenso sind andre alte Druckwerke in genügender Anzahl ausgestellt. Die besonders dem Fachmann manches Neue bieten dürften. Nach dieser Abteilung folgt dann die eigentliche Entwicklung, die rein technische Seite unseres Berufes, die Blei- und Holzschriftenherstellung, die praktische Arbeit des Hand- und Maschinensetzers, der Arbeitsgang der Stereotypie, der Druck, die Farb- und Papierherstellung, die Buchbinderei, alles ist hier in einanderstet-

Weise dargestellt und wird für den Fachmann als auch für den Laien belehrend und nützlich wirken. Wir bitten daher alle Kollegen, die unserm Orte wohnlich nahe sind, die Ausstellung zu besuchen.

**Leipzig.** In der Bezirksversammlung am 23. November wies Kollege Stürz in den „Vereinsmitteilungen“ u. a. darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit am Orte wieder zunimmt; er forderte die Kollegen auf, dort, wo die Möglichkeit der Einstellung Arbeitsloser gegeben sei, Überstunden nach Möglichkeit einzuschränken. Die Aussprache richtete sich in der Hauptsache gegen die Haltung des Verbandsvorstandes in der Lohnfrage und die Schreibweise der „Leipziger Gewerkschaftszeitung“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Zwei Anträge, deren einer „dem Gewerkschaftsstellenausschuss das Vertrauen abspricht und seinen Rücktritt fordert“, während der andre „gegen die zögernde Haltung des Verbandsvorstandes in der Lohnfrage protestiert“, wurden von der Versammlung abgelehnt. Hieran schloß sich ein Vortrag des Herrn Thann, Oberinspektor der Leipziger Ortskrankenkasse, über: „Die Sozialversicherung unter Hervorhebung der Leipziger Verhältnisse“. In klarer, instruktiver Weise behandelte der Vortragende die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung und verdrängte sich zum Schluß über die Erwerbslosenfürsorge. Der reiche Beifall zeugte von dem großen Interesse, das diesem Thema entgegengebracht wurde.

**Mannheim.** In unserer Bezirksversammlung am 14. November gelangten sieben Kollegen zur Aufnahme. Dem verstorbenen Kollegen Philipp Stemmer, der der Organisation 35 Jahre angehört, wurde ein ehrender Nachruf gewidmet. Verschiedene geschäftliche Angelegenheiten kamen zur Kenntnis. Aus dem Bericht einer Vorstandskonferenz ging hervor, daß hier die Errichtung einer Filiale der Arbeiterbank geplant ist, um dieser reiflos die Gelder der Gewerkschaften und Genossenschaften zuzuführen. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß Ende des dritten Quartals ein Bestand von 4811,86 M. vorhanden war. Als Kapazität auf dem Gebiete des Arbeitsrechts war Herr Professor Dr. Erdel zu einem Vortrag gewonnen worden über „Die künftigen Arbeitsgerichte“. In bestverständlicher Weise führte uns der Referent in das bisherige Verfahren der Kaufmanns-, Gewerbe- und Schiedsgerichte ein, manche Unvollkommenheiten uns aufzeigend. Aber auch der vorgesehene Entwurf für die künftigen Arbeitsgerichte wird, wenn er auch einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Verfahren darstellt, nicht reiflos befriedigen, und es wird Aufgabe des Reichstages, besonders der Arbeiterparteien sein, etwas Brauchbares für alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu schaffen. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, sich intensiv mit der neuen Gerichtsbarkeit des Arbeitsrechts zu befassen. Deren Mitglieder dürfen nicht gleichgültig beiseite stehen. Reicher Beifall belohnte den Referenten für seine Ausführungen, der noch auf einige Fragen bereitwillig Auskunft gab. Zu bedauern ist, daß angesichts der aufzuwendenden Mühe und Kosten noch immer der größere Teil der Mitglieder solch zeitgemäßen Referaten fernbleibt, insbesondere solche, die am schnellsten bereit sind, an allen Maßnahmen Kritik zu üben, ohne selbst mitzuhelfen, die Gewerkschaften noch wirksamer auszubauen.

**Münster i. W.** Am Vormittag des 22. November fand hier eine Bezirksversammlung statt, die sich guten Besuchs erfreute. Vorsitzender Meister machte einige Vereinsmitteilungen bekannt und betonte sodann, daß nach Rundfrage in den einzelnen Orten des Bezirks er feststellen konnte, daß die Mehrzahl eine 48stündige Arbeitszeit zu verzeichnen hat. Zum Schluß erwähnte er die Verzeichnensleute, irgendwelche Vorkommnisse sofort dem Vorstand zu melden. — Nachmittags fand die Bezirksversammlung statt. Nach einem gut vorgelegten Chor der „Topographia“ konnte Vorsitzender Meister sämtliche erschienenen Kollegen des Bezirks begrüßen. Aufgenommen wurden sechs Kollegen, wobei zwei Übertritte vom Gutenbergband zu verzeichnen waren. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß vom I. D. B. in Münster im kommenden Winterhalbjahre Kurse für Betriebsräte und Funktionäre veranstaltet würden und bat um rege Beteiligung. Auch auf die Rundbesuche der Druckmaschinen der Lehrlingsabteilung wurde hingewiesen. Bezirksstassierer Walster gab den Bericht über den Stand der Kasse und teilte mit, daß in Zukunft bei Abreise jeder Kollege sein Verbandsbuch mitzunehmen hat. Ausgeschlossen wegen Resten wurde ein Mitglied. Dann referierte Kollege Meißner über die Bezirksvorsteherkonferenz, woran sich eine kurze Diskussion schloß. Kassierer und Vorsitzender ermahnten die Kollegen, vor Antritt einer neuen Kondition unbedingt die Auskunft vom Gauvorstand einzuholen, damit unliebsame Folgen für die betreffenden Kollegen verhütet würden. Unter „Verschiedenem“ wurde bekanntgegeben, daß das 60jährige Verbandsjubiläum durch eine Morgenfeier im Juli nächsten Jahres festlich begangen werden soll. Dann wurde noch auf die Generalversammlung und den Gautag aufmerksam gemacht. Kollege Schön (Münster) regte die Gründung einer Handbetersparte an, worüber später beraten werden wird. Kollege Klotz (Welsch) ersuchte den Vorstand, im nächsten Jahre ein Bezirksjubiläum abzuhalten. — Nach der Versammlung fand die Feier der 25jährigen Verbandsjubiläum der Kollegen Behold (Wengerich) und Stützmann (Münster) statt. Die Jubilare wurden in üblicher Weise durch Überreichung eines Diploms geehrt.

**Oberkirch (Baden).** Am 16. November erfolgte hier die Gründung eines Ortsvereins (mit wieviel Mitgliedern? Diese Feststellung ist ebenso notwendig wie das genaue Gründungsdatum. Redaktion des „Korrespondent“), nachdem die vorbereitenden Schritte hierzu durch den Bezirksvorstehenden Reibel (Wahr) in einer vor vier Wochen abgehaltenen Versammlung unternommen worden waren. Als Vorsitzender wurde Kollege Benno Egensberger gewählt, während die Kassengeschäfte von dem seitherigen, langjährigen Ortsstassierer Emil

Da m b e r t besorgt werden. Möge es der hiesigen Gehilfenschaft vergönnt sein, in enger kollegialer Frühling treu zusammenzuhalten, und im Vorwärtsstreben ein tüchtiges Glied innerhalb des Verbandes zu sein!

**Wismar.** Die am 20. November abgehaltene Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Von der Kollegenschaft waren 70 Proz. anwesend. Berichte waren entgegenzunehmen von einer Bezirksversammlung in Schwerin, in der Kollege Külle vom Verbandsvorstand referiert hatte, und einer Bezirksvorsteherkonferenz in Schwerin. Beide Berichte wurden mit Interesse verfolgt. Beschlossen wurde, das Versammlungszimmer in unserm Vereinslokal „Grundis Hotel“ durch Aufstellung einer Gutenbergsbüste und sonstigen die Buchdruckerkunst ehrenden Sachen zu einem Gutenbergszimmer zu stempeln. Einstimmig beschlossen wurde ferner, der Gutenbergs-Gesellschaft zu Mainz sowie der Bücherallde „Gutenbergs“ korporativ beizutreten. In Kollegenreisen erfreut die Bücherallde sich schon eines guten Rufes. Zur Erlangung einer Neujahrskarte für den Ortsverein wurde ein Wettbewerb für die hiesigen Kollegen ausgeschrieben. Einen festlichen Charakter soll die nächste Versammlung erhalten, zu der auch unsere invaliden Kollegen erscheinen werden. Für die letzteren ist bereits eine ansehnliche Summe aus der Ortsvereinstafel als Weihnachtsgeschenk bereitgestellt. Auch dem Bericht von den Gewerkschaftsausflugsfahrten wurde mit viel Interesse zugehört. Die von allen Gewerkschaften ausgeschriebene Umfrage von 1,50 M. pro Mitglied zur Errichtung einer Herberge am Orte fand auch in der Versammlung allgemeine Zustimmung. Es folgte noch die Erledigung des Punktes „Verschiedenes“.

### Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswerte Beispiele.** Eine unerhoffte Weihnachtsgreube bereite die Firma W. Pfannkuch & Co. in Magdeburg ihrem Gesamtpersonal durch Auszahlung eines Betrages von je 50 M. an Verheiratete und 25 M. an Ledige, soweit sie ein Jahr dem Geschäft angehören. Von den noch nicht ein Jahr im Betriebe Tätigen erhielten die Verheirateten 25 M., die Ledigen 15 M. Etwa 200 Arbeiter und Angestellte kamen in den Genuß dieser Wirtschaftsbeyhilfe. — In Gestalt eines doppelten Wochenlohnes erfreute die Firma K o t s c h i l d, B e h r e n s & Co. in Hamburg ihr gesamtes Personal anlässlich des Weihnachtsestes.

**Bombenattentat auf einen Zeitungsbetrieb.** In der Nacht zum 20. Dezember wurde in Rattow von polnischen Fanatikern ein Bombenanschlag auf die „Rattowitzer Zeitung“, die führende deutsche Zeitung in Pommern-Oberschlesien, verübt. Im Rotationsmaschinenraum, in dem sich glücklicherweise niemand mehr befand, explodierte eine Bombe, die die Maschinen stark beschädigte und in den über dem Maschinenraum befindlichen Redaktionsräumen starke Verheerungen anrichtete. Sämtliche Fenster Scheiben des Gebäudes wurden zertrümmert. Zahlreiche Häuser der Nachbarschaft sind ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden.

**Zentral-Stellennachweis des ADGB.** Für das neu zu errichtende Bezirkssekretariat des Bezirksausschusses für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck (Sitz Frankfurt a. M.) wird ein Sekretär gesucht. Der Aufgabenkreis ergibt sich aus dem Abschnitt „Bezirksausschüsse“ der Bundesaufgaben. Als Bewerber kommen nur Gewerkschaftsangehörigen in Frage, die über langjährige Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit verfügen und die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Bezirkes sehr genau kennen. Handschriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und genauer Angabe der praktischen Organisationsstätigkeit sind bis zum 10. Januar 1926 an den Vorstand des ADGB, in Berlin S 14, Inselstraße 6, einzureichen.

**Lohnabbau.** Wie dem „Vorwärts“ aus Köln berichtet wurde, war in einem Lohnkampf der Maler und Anstreicher in Rheinland und Westfalen der staatliche Schlichter sowohl von Unternehmer- als auch von Arbeiterseite um eine Entscheidung angerufen worden. Die Arbeiter hatten beantragt, die Löhne unverändert zu lassen, während die Unternehmer 15prozentigen Abbau verlangten. Der Spruch des Schlichtungsausschusses hat es für Dezember bei dem jetzigen Lohnstand belassen. Von Januar ab wird aber der Stundenlohn von 1,05 M. auf 1 M. und von 95 Pf. auf 90 Pf. herabgesetzt. Von dieser Lohnreduzierung sind ausgenommen die Städte Köln, Düsseldorf und Krefeld. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeiter sich mit dieser Regelung einverstanden erklären werden.

**Weiteres starkes Steigen der Erwerbslosenziffer.** In der Zeit vom 16. bis 30. November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 473 000 auf 664 000, d. h. um rund 41 Proz. gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 432 000 auf 619 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 41 000 auf 59 000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 572 500 auf 819 500 gestiegen.

**Katastrophale Arbeitslosigkeit auch in Rußland.** Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Moskau geschrieben: Aus dem offiziellen Ausweis der Moskauer Arbeitsbörse ist zu entnehmen, daß dort am 1. Oktober 135 171 Arbeitslose registriert waren. Von diesen entfallen 104 961 auf das eigentliche Stadtgebiet von Moskau und 30 210 auf die Kreise vor Moskau. Wenn man berücksichtigt, daß Moskau nur etwa den vierten Teil der Einwohner Berlins hat, so darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Sowjethauptstadt die meisten Arbeitslosen aller Städte der Welt hat. Aus weiteren Angaben ist zu entnehmen, daß am 1. Oktober in Moskau und in den Moskauer Kreisen 49,4 Proz. Frauen,

8,4 Proz. Halbweibliche und 42,1 Proz. erwachsene Männer arbeitslos waren. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaften ist geradezu katastrophal; 48,7 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder sind erwerbslos. Unter den Arbeitslosen sind relativ am stärksten betroffen: Angestellte des Sowjethandels, Nahrungsmittel- und Textilarbeiter.

**Silbmittel der geistigen Konzentration.** Der berühmte Königsberger Philosoph Kant hatte, wie die „Leipziger Volkszeitung“ kürzlich mitzuteilen wußte, an sich selbst die Beobachtung gemacht, daß er nach ziemlich vollendeter Verdauung in den Abendstunden am schärfsten denken konnte. So stellte er sich denn zu jener Zeit gewöhnlich mit verschärften Armen und dampfender Pfeife in seiner Studierstube an den Ofen, die Augen unverwandt nach dem großen Knopfe eines Turmes gerichtet, den er aus seinem Zimmer sehen konnte. In dieser Stellung und in jenen Stunden gab sich der Gelehrte seinen scharfsinnigen Betrachtungen und Untersuchungen hin. Einst konnte Kant mehrere Abende hintereinander, so sehr er sich auch anstrenzte, dennoch keinen zusammenhängenden Gedanken fassen. Er wurde unruhig, fand aber endlich die Ursache seiner ihm unbegreiflichen Zerstreutheit. Einer Reparatur halber war nämlich jener große Knopf vom Turme genommen worden, den vor Augen zu haben, er sich seit Jahren gewöhnt hatte, und er gestand sich selbst, daß er erst wieder ordentlich denken konnte, nachdem der Turmknopf auf seine alte Stelle gesetzt worden war.

**Fallendes Wasser und seine Wunder.** Durch einen neuen Wasserfall in den Alpen wurde die Schweiz mit so viel elektrischer Kraft versorgt, um damit alle ihre Eisenbahnzüge in Funktion zu setzen; und jetzt kommen neue Meldungen über ein bewundernswertes Projekt zur Versorgung von ganz Palästina mit elektrischer Kraft. Wie „Heroldo de Esperanto“ mitteilte, stellte der französische Ingenieur M. Pierre Gandillon einen Plan auf, um ganz Palästina mit elektrischer Kraft zu versorgen und Tausende von Acker Land zu bewässern, die bis jetzt trocken und unbebaubar sind. Das Projekt enthält auch einen neuen Hafen für die Ozeanfahrte im Innern des Landes und viele Kanäle. Das Wasser des Mitteländischen Meeres wird durch Kanäle und Pumpen geleitet werden, und endlich durch ein großes Wassersophon nach dem Jordantal, und von da aus wird das Wasser 1500 Fuß in das Tote Meer stürzen und dabei eine Kraft erzeugen, die Dynamos (elektrische Kraft-erzeugungsmaschinen) in Bewegung setzt, die genügen, um das notwendige Quantum Wasser für die Bewässerung zu pumpen.

**Wirtschaftswerte im Toten Meer.** Das Tote Meer enthält nicht weniger als 30 Billionen Tonnen gemischter Salze, von denen etwa 10 Billionen Tonnen gewöhnliches Salz sind. Die übrigen Salzmengen sind aus Chlor und Brom, aus Natrium, Magnesium, Kalium und Nesium zusammengesetzt. Durch die 1 1/2 Billionen Tonnen Chlorkalium, die sich im Toten Meer befinden, ist Palästina das reichste Kaliland der Welt, und diese Schätze können aus dem Wasser durch ein ganz einfaches Verfahren der Verdampfung und Kristallisation herausgezogen werden. Durch den hohen Salzgehalt des Wassers ist jedes Leben in dem Meer erstickt, und auch im Umkreis kann nichts gedeihen, so daß das ganze Gebiet den verödeten und unfruchtbarsten Eindruck macht. Aber bald wird das gänzlich verändert sein, und aus dem Toten Meer wird ein reiches Leben erwachen. Chemische Fabriken, die elektrisch betrieben werden, und grobe Lagerhäuser erheben sich an der Stelle der zerfallenen Sitten; in denen einige Schiffer wohnten, und demnächst wird eine elektrische Straßenbahn durch das Jordantal brausen, um die Chemikalien nach dem Hafen Haifa zu transportieren.

### Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Holstenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln kostenlos erteilt.

#### Patentanmeldungen

- (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 20. November 1925):
- Rf. 15a M. 89 706 Mergerthaler Sechsmaschinenfabrik, G. m. b. H., Berlin, „Bremse für den Gleitformträger an Matrizen- und Ziehmaschinen“
- Rf. 15c E. 73 390 Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Co., Frankenthal, „Verfahren zur Herstellung von Stereotypplatten“
- Rf. 15a S. 101 139 Joseph Horn, Dresden, „Rotationsgummibrudmaschine zur Herstellung von mehrfarbigen Drucken in einem Arbeitsgang“
- Rf. 15a E. 73 123 Schnellpressenfabrik König & Bauer, K. G., Würzburg, „Elektromotorischer Antrieb für Rotationsleindruckmaschinen“.

#### Patenterteilungen:

- Rf. 15a 422 769 Robert William Hutton, Bromley, „Vorrichtung zum Befestigen von Stereotypplatten auf einem Formzylinder“
- Rf. 15a 422 770 Deutsche Maschinenbau- und Vertriebsgesellschaft m. b. H., Berlin, „Rotationsgummibrunder für Papierbahnen“.

#### Gebrauchsmuster:

- Rf. 15a 929 234 Martin Fröhlich, Hamburg, „Zellenprüfer für Sechsmaschinenzellen mit Endmaßen, kombiniert mit typographischem Höhenmaß“
- Rf. 15a 929 527 „Asbern“, Maschinenfabrik, K. G., Augsburg, „Lagerapparat mit Schmiere-vorrichtung für Hartwalzen“.

### Verschiedene Eingänge

- „Typographische Jahrbücher.“ Verbinden mit den Mitteilungen für photomechanische Reproduktionstechnik, 46. Jahrgang, Heft 11. Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Verlag Julius Neiser in Leipzig.
- „Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, 2. Jahrgang, Heft 24. Monatlich 60 Pf. Verlag J. S. W. Dieckmann, Berlin SW 63.
- „Der moderne Buchdrucker.“ Heft 11, 1925. Herausgegeben von der Mergerthaler Sechsmaschinenfabrik, G. m. b. H., Berlin N 4.

